

Baden-Württemberg hat gewählt

Wochenlang hat uns der Landtagswahlkampf in der gewerkschaftspolitischen Arbeit begleitet und die Zeit bis zur Regierungsübernahme wird uns noch spannende Tage bereiten. Die etablierten Parteien vom Thema „Innere Sicherheit“ zu überzeugen, auf die drängenden Probleme der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst hinzuweisen, unabdingbare Korrekturen einzufordern, für die Zukunftsfähigkeit der Polizei zu werben, das galt es in den vergangenen Wochen umzusetzen. Für die Beachtung dieser Themen in den Koalitionsverhandlungen und später in der Regierungspolitik zu kämpfen, diese Aufgabe liegt vor uns.

■ Innere Sicherheit, die Polizei und der öffentlichen Dienst ein Topthema

Nicht ausschließlich, aber bestimmt auch durch unsere Öffentlichkeitsarbeit wurde in den vergangenen Wochen deutlich, wie schwierig die Situation der Polizei und des gesamten öffentlichen Dienstes ist. Vielerorts haben wir die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger mit aufgegriffen. Wir haben vor dem Verlust des Gewaltmonopols gewarnt. Wir haben vor den „subjektiven

Auswirkungen“ der Polizeireform gewarnt. Wir haben vor den Auswirkungen des rasanten Anstiegs der Kriminalität gewarnt. Und wir haben versucht, die Kriminalität von, gegen und durch Flüchtlinge zu objektivieren. Am Thema Innere Sicherheit kommt keine Partei mehr vorbei.

► Abschneiden der AfD

In diesen Tagen präsentieren uns Parteien, Parteienforscher und die Medien die Analysen zur Wahl. Nach dieser Wahl wird dabei mit absoluter Sicherheit das Abschneiden der AfD im Mittelpunkt stehen. Dabei konnte man es in den vergangenen Monaten und Wochen spüren, wie die Bürger verängstigt über einen zumindest subjektiv spürbaren Sicherheitsnotstand waren. Private Sicherheitsdienste und Bürgerwehren waren auf dem Weg sich zu etablieren und den Zuspruch der Bürger zu erreichen. Der Verlust des Gewaltmonopols war trotz massiver polizeilicher Objektivierungsversuche wahrnehmbar. Die Menschen fühlen sich unsicher. Auch dies dürfte der AfD in die Arme gespielt haben, die gerade dies thematisiert und ausgenutzt hatten. Das Thema „Polizeireform“ hat sicher das seinige dazu beigetragen.

► Bittere Ergebnisse

Für einige politische Schwergewichte hatte die Wahl bittere Pillen im Gepäck. Sie haben den Einzug in den Landtag nicht geschafft. Darunter leider auch verlässliche Gesprächspartner, die zum öffentlichen Dienst standen. Abgeordnete, die die politische Bühne bereicherten. Und das nicht nur mit markanten Sprüchen, sondern mit viel Sachverstand.



DPoIG BW

► Ralf Kusterer

► Mit allen Tricks

Diese Wahl wird auch in der Polizei seine Spuren hinterlassen. Mit so manchem Trick und mit so mancher Verlautbarung hat man in der Belegschaft schon etwas für Wirbel gesorgt. Zuletzt wurde eine Mail des SPD-Polizeibeirats von außerhalb an die dienstlichen Mailadressen der Beschäftigten gesendet. Dabei hätte man doch wissen müssen, dass die Polizeibeschäftigten auf so etwas allergisch reagieren. Eine Nachbereitung verdient das allemal.

► Vertrauen

Wahlversprechen, sowie der Bruch von Wahlversprechen, das Handeln in der Vergangenheit und die politischen Maßnahmen in der zurückliegenden Wahlperiode waren mit ausschlaggebend in der Wahl.

Wer es jetzt nicht verstanden hat, dass es höchste Zeit ist, Vertrauen zurückzugewinnen und Versprechen einzuhalten, der darf sich nicht wundern, wenn der Partei und den gewählten Mandatsträgern das Vertrauen entzogen wird.

► Unser Angebot zur Zusammenarbeit für das Wohl der Polizei steht

In den vergangenen Jahren hat die Deutsche Polizeigewerkschaft eindrucksvoll bewiesen, dass wir in der Analyse dessen, was für ein sicheres Baden-Württemberg notwendig ist und was die Beschäftigten in der Polizei benötigen, stets richtiglagen. Personalratswahlen und Mitgliederzuwächse belegen dies ebenso eindrucksvoll wie unsere politischen wie auch polizeilichen Einschätzungen und Vorhersagen. Den etablierten Parteien und Abgeordneten bieten wir gerne an, sie auf dem Weg zu einem sicheren Bundesland, einer leistungsfähigen Polizei, mehr Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger und einer in sich zufriedenen Polizei zu begleiten. Dabei werden wir all denjenigen die Wertschätzung und Vertrauen großschreiben, die Polizeibeschäftigten leistungsgerecht entlohnen und die Besonderheiten der Polizei berücksichtigen, gerne unterstützen. Allen anderen garantieren wir an dieser Stelle aber auch wie bisher, dass sie unsere Ecken und Kantenn wahrnehmen dürfen. ■

Wir bitten zu beachten, dass wir ab dem 9. März 2016 eine neue Telefon- und Faxnummer haben.

Diese lauten wie folgt:

Telefon: 07 11/99 79 474-0 (Zentrale)

Fax: 07 11/99 79 474-9

Ihr Team der DPoIG-Landesgeschäftsstelle

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Schwabenstraße 4
76646 Bruchsal
Telefon 07251.5710
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 07 11/99 79 474-0
Telefax 07 11/99 79 474-9
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

Die Sache mit dem Personal oder die Stellenlücke

■ Zu wenig Personal

Der gesamte öffentliche Dienst und insbesondere die Polizei sind seit Jahren von einem enormen Personalmangel betroffen. Ein Barometer dafür sind die Überstundenberge. Allerdings ist das auch nur ein kleines Indiz dafür. Betrachtet man die Kriminalitätsentwicklung und die dortige Aufklärungsquote, findet man weitere Belege für zu wenig Personal. Baden-Württemberg hat in den vergangenen fünf Jahren einen weiteren Abwärtstrend vollzogen. Beispielsweise im Bereich der Wohnungseinbrüche. Aufklärungsquoten in einigen Massendelikten (wie Einbrüche) von unter 20 Prozent sind nicht akzeptabel. Wir mussten leider in den vergangenen Jahren bitter erleben, dass uns weder Fünf- noch Zehn-Punkte-Pläne etwas bringen. Das Tisch Tuch ist zu kurz. Wer auf der einen Seite zieht, entblößt sich auf der anderen Seite. Die Kollegen sind überlastet. Die Polizeifamilien leiden darunter. Die grün-rote Landesregierung hat erkannt, dass 1 000 Polizeibeamte fehlen. Sie dachte, man könnte dies mit einer Polizeireform ausgleichen. Tatsache ist, dass dies nicht gelungen ist. Tatsache ist, dass man weitaus mehr als 1 000 Polizeibeamte zusätzlich benötigt, weil auch die Polizeireform zusätzlichen Bedarf erfordert (weite Wege, weniger Zeit für die Arbeit).

Auch Feuerwehr und Rettungsdienste haben zu wenig Personal. Die Interventionszeiten auf dem Land steigen erheblich.

Es dauert immer länger, bis Hilfe eintrifft. Das ist bei der Polizei genauso wie bei Feuerwehren und bei Rettungsdiensten. Während wir bei der Polizei unter dem Mangel an Hauptamtlichen leiden, leiden Feuerweh-

ren und Rettungsdienste längst ebenso unter dem Mangel an Ehrenamtlichen. Was der eine Bereich früher noch mit Zivildienstleistenden kompensieren konnte, funktioniert heute schon lange nicht mehr.

Dabei ist und bleibt es auch eine Frage der Entlohnung. Wer schlecht bezahlt, wie im öffentlichen Dienst, der wird in starken wirtschaftlichen Bereichen Probleme mit dem Nachwuchs bekommen.

■ Wieviel Personal wird benötigt

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert 1 500 zusätzliche Polizeibeamte. Und wenn ich hier Beamte schreibe, dann deshalb, weil Stellen nur Zahlen auf dem Papier sind. Wir brauchen Menschen die arbeiten. Aus unserer Sicht schließen sich an die Frage von zu wenig Personal auch Fragen der Personalverteilung an. Ebenso wo und warum wir Personalausfälle haben. Hier sehen wir erhebliche Möglichkeiten der Personalgewinnung aus der Organisation. Beispiel: Im Jahr 2016 können 660 Polizeibeamte aus dem mittleren Dienst in den gehobenen Dienst mit einer vereinfachten Möglichkeit aufsteigen. Dazu ist nach dem Beamtenrecht eine Qualifikation notwendig. Diese Qualifikation kann aber unterschiedlich gestaltet sein.

Aktuell geschieht dies durch Pflichtmodule am PC auf der Dienststelle und zehn Tagen Lehrgang. Nach diesem Lehrgang wechseln die Polizeibeamten (vereinfacht ausgedrückt) die Schulterklappen und verrichten die gleichen Aufgaben wie vor dem Lehrgang. 660 Beamte mal zehn Tage ergibt 6 600 Tage. Berechnet man circa 250 Arbeitstage im Jahr, könnte man durch den



▶ Daniel Jungwirth

Wegfall dieser zwei Lehrgangswochen circa 22 Polizeibeamte beziehungsweise das Arbeitsäquivalent derer nutzen.

Die Polizei ist überlastet. Polizeibeamte können nicht auf dem Arbeitsmarkt gesucht werden. Man muss diese erst ausbilden. Dazu benötigt man je Laufbahn drei bis 4,5 Jahre. Wir benötigen aber eine schnelle Entlastung. Diese ist nur durch Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte zu erreichen, die auf dem Arbeitsmarkt beworben werden können. Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist zum Beispiel der Ansicht, dass wir mit 400 Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigten die Polizeibeamten sehr gut entlasten können. Überdies sehen wir auch die Möglichkeiten, durch weitere Juristeneinstellungen Entlastung schaffen zu können. Der Staat orientiert sich dabei viel zu starr an Noten und viel zu wenig an sozialer und fachlicher Kompetenz und Erfahrung. Und steht sich dabei selbst im Wege.

■ Die Stellenlücke

Auf jedes Polizeirevier kommen zwei Stellen. Der Bürger meint damit auf jedes Polizeirevier kommen zwei Menschen, zwei

Polizeibeamte. Tatsache ist, es steht die Zahl „zwei“ auf einem Papier. Keine Menschen. Das Innenministerium sowie ein Gutachter betrachten die Entwicklung von Haushaltsstellen. Sie betrachten nie Menschen die arbeiten. Immer nur Zahlen auf dem Papier.

Würde man nicht Zahlen auf dem Papier, sondern die Menschen betrachten, müsste man zugeben, dass die Polizei selten zu 100 Prozent über die Menschen verfügt, die als Zahlen auf dem Papier stehen. In günstigsten Fällen sprechen wir von 95 Prozent.

Jeweils zu den Versetzungsterminen am 1. März und am 1. September wechseln Beamte von der Bereitschaftspolizei in die Polizeiorganisation. Zu diesen Zeiten ist der höchste Personal-/Mitarbeiterstand vorhanden. Im selben Monat gehen die ersten Mitarbeiter aber wieder in Pension und die Mitarbeiter werden weniger.

■ Die Personalentwicklung

Weil es die grün-rote Landesregierung in den vergangenen Jahren versäumt hat, den Ersatz für die Pensionierungen einzustellen, werden wir bereits ab dem nächsten Jahr nahezu im Sinkflug Personal verlieren und die Unterdeckung wird größer.

Die Landesregierung spricht zwar von einer Einstellungsoffensive. In Wahrheit ist es aber nur eine Ersatzoffensive. Endlich sorgt man für den dringend notwendigen Nachersatz, für den man allerdings Jahre benötigt.

■ Personalgewinnung

Die Polizei ist in einem Dilemma. Jetzt kann man neue Auszubildende einstellen, aber die Mitbewerber tun dies ebenfalls.



➤ **Dilemma 1 – Bewerber**
Die Bundespolizei stellt zusätzlich 3 000 Beamtenauszubildende (wohlgemerkt zusätzlich, nicht Nachersatz wie BW) ein. Dazu hat sie aktuell 20 000 Bewerber. Das ist ein Faktor je Ausbildungsstelle von circa 6,6 Bewerber. Baden-Württemberg liegt bei circa vier oder fünf Bewerbern. Vor der grün-roten Landesregierung und deren Verschlechterung in der Beihilfe (kein anderes Bundesland ist so schlecht) und der Eingangsbesoldung hatten wir auf eine Stelle zehn Bewerber. Bei den Banken liegt der Bewerberanteil um ein Vielfaches höher.

➤ **Dilemma 2 – Ausbildungsstandorte**
Die grün-rote Landesregierung hat von acht Bildungsstandorten vier geschlossen. Jetzt haben wir keine Polizeischulen mehr, um die benötigten Beamten auszubilden. Als Notmaßnahme hat man zum 1. März die Ausbildungsrichtlinien verändert. Das Praktikum wurde ausgeweitet, damit man mehr Auszubildende ausbilden kann. Damit hat man insgesamt die Theorie um sechs Monate seit Einführung dieser Ausbildung verkürzt. Eine Kürzung, die uns in Anbetracht der großen An-

forderungen an die Polizeibeamten noch bitter aufstoßen wird. Kein Unternehmen würde bei vermehrten Auszubildenden die Ausbildungsrichtlinien verändern. Man hat Drei-Bett-Zimmer eingerichtet. Die Ausbildungsstätten verfügen weder über Internet noch WLAN, haben mit modernen erwachsenengerechten Ausbildungsstätten nichts zu tun.

➤ **Dilemma 3 – Ausbilder**
Mit der Zerschlagung der Bildungseinrichtungen wurden Ausbilder im ganzen Land mit neuen Tätigkeitsfeldern betraut. Heute muss man neue Ausbilder qualifizieren. Diese fehlen aber gleichzeitig in der Aufgabenbewältigung bei der Polizei.

➤ **Dilemma 3 – Ausbildungsdauer**
Man benötigt bei allen Planungen eine Zeit von drei bis 4,5 Jahren zur Nachwuchsausbildung. Wenn man heute die Entscheidung trifft, die Polizei um 1 500 Mitarbeiter zu verstärken, muss man dies einrechnen. Wenn man in den kommenden fünf Jahren (Legislatur) je 300 Mitarbeiter zusätzlich einstellt, werden bis zum Ende der Legis-

laturperiode maximal 900 Beamte fertig ausgebildet sein.

➤ **Dilemma 4 – Attraktivität**
Baden-Württemberg hat gerade in den vergangenen Jahren an Attraktivität verloren.

Deshalb:
➤ Kürzung der Eingangsbesoldung zurücknehmen, Beihilfekürzungen zurücknehmen, Stellenanteil gehobener Dienst erhöhen (Rheinland-Pfalz und Hessen haben nur noch gehobener und höherer Dienst).

Weiter:
➤ Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Jeder hat seinen eigenen Helm (als Synonym).

➤ **Was wir brauchen**
➤ Wir brauchen eine Bildungsoffensive.
➤ Wir brauchen eine völlige Neubetrachtung der Bildungseinrichtungen.
➤ Wir brauchen eine Verteilung der Bildungseinrichtungen auf das ganze Land, nicht nur wie jetzt im Süden.
➤ Nähe wird bei der Nachwuchsgewinnung zur Stärke werden – Heimatnahe Ausbildung.

➤ Wir brauchen moderne Bildungseinrichtungen, mit Einzelzimmer, Dusche, WC und modernster Technik.
➤ Wer Cyberkriminelle fangen will, fängt diese nicht mit der Kreidetafel.
➤ Wir brauchen eine deutliche Stärkung unserer Hochschule für Polizei mit einer deutlichen Bauerweiterung.
➤ Wir brauchen ein Liegenchaftsprogramm in der polizeilichen Bildung.
➤ Wir müssen damit noch in diesem Jahr beginnen, um bis spätestens am Ende des nächsten Jahres dort in die Ausbildung eintreten zu können.

➤ **Im Überblick**
Um nur den Nachersatz vernünftig auszubilden, benötigen wir jährlich circa 1 500 Auszubildende. In den kommenden Jahren verlassen uns 40 Prozent der gesamten Polizei. Dabei ist eingerechnet, dass uns in den ersten vier Jahren über zehn Prozent wieder verlassen. Sei es aus fehlender Zukunftsperspektive, oder weil sie erkennen, dass dies nicht der richtige Beruf ist. Zusätzlich benötigen wir 1 500 Polizeibeamte und für eine schnelle Entlastung 400 Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte. ■

Konstituierung der Bezirksverbände

+++ Kurpfalz +++ Reutlingen +++ Freiburg +++ Konstanz +++ Offenburg +++ Ulm +++ Stuttgart +++ Aalen +++

Nachdem bereits im Dezember 2015 der Landesvorstand eine Neugliederung der Bezirksverbände beschlossen hatte, folgte ab Januar 2016 die Konstituierung der Bezirksverbände, jeweils auf der Ebene der regionalen Präsidien. >>



➤ Frauenkonferenz in Reutlingen



➤ Aalen



➤ Konstanz



> Stuttgart, Tarifvertreter



> Stuttgart, Vorstand

In der Verbandsarbeit wird absoluter Wert darauf gelegt, dass die Organisationsstrukturen der einzelnen Orts- und Kreisverbände erhalten bleiben und dadurch weiterhin die optimale Mitgliederbetreuung vor Ort garantiert wird. Zentrale und regionale Aufgaben hingegen werden künftig von den Bezirksverbänden übernommen, die auch als Ansprechpartner für die jeweiligen Polizeipräsidien zur Verfügung stehen.

Zu den konstituierenden Sitzungen wurden die Delegierten der jeweiligen Kreis- und Ortsverbände eingeladen. Neben den



> Stuttgart, Vorstand



> Stuttgart, Vorsitzende



> Stuttgart, Frauenvertreterin



> Konstanz Frauen



> Aalen



> Kurpfalz Gratulation



> Reutlingen



> Heilbronn, Vorstand



> Freiburg Vorstand



originären Bezirkstagungen fanden gleichzeitig Bezirksfrauen- und Bezirkstariftagungen statt.

Zu fast allen Tagungen war die Landesleitung, meist in kompletter Besetzung angereist. So konnten sich die Vertreter aus den Kreis- und Ortsverbänden ein Bild über das große Engagement der Landesleitung machen. Dabei nutzten diese auch die Gelegenheit, um der Landesleitung für das große ehrenamtliche Engagement zu danken. „Man spürt, dass sich was dreht. Und die Schlagzahl ist mehr als bemerkenswert.“ Bei zahlreichen Ver-

anstaltungen war der Landestarifbeauftragte, die Landesfrauenbeauftragte oder deren Stellvertreterin dabei.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer selbst oder ein Stellvertreter eröffneten die Tagungen und führten durch die Veranstaltung. Nach den Wahlen, die alle sehr harmonisch verliefen, standen Berichte aus dem Bezirksverband sowie aus dem Land an. Dabei konnten alle Teilnehmer viel Wissenswertes erfahren und Wichtiges aus der Basis transportieren.

>>



> Kurpfalz Vorstand



> Konstanz Vorstand



> Ulm, Frauen- und Tarifvertreter



> Offenburg Verwaltung Behindertenfragen



> Freiburg



> Ulm, Vorstand



> Offenburg Frauen



> 26. Januar 2016 +++ Reutlingen +++ in Sonnenbühl

Bezirksvorsitzender: Alfred Seiter

Stellvertretende Bezirksvorsitzende: Heike Strausberger und Hanse Maier

Bezirkstarifbeauftragte: Andrea Klitscher

Stellvertretender Bezirkstarifbeauftragter: Ralf Esenwein

Bezirksfrauenbeauftragte: Sandra Knödler

Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte: Tanja Koufogiorgis

> 29. Februar 2016 +++ Stuttgart +++ in Stuttgart

Bezirksvorsitzende: Anja Prottengeier

Stellvertreter: Andreas Kunz, Joachim Wannewetsch, Rainer Hellmann, Alexander Arns

Bezirkstarifbeauftragte: Sylvia Heling

Stellvertreter Bezirkstarifbeauftragte: Marcel Biribauer

Bezirksfrauenbeauftragte: Marion Gmeiner

Stellvertreterin Bezirksfrauenbeauftragte: Sandra Lindmayer

> 2. März 2016 +++ Konstanz +++ in Pfullendorf

Bezirksvorsitzender: Andreas Herzog

Stellvertretende Bezirksvorsitzende: Siegfried Traub, Klaus Stephan, Claudius Krapf, Sabine Schmid

Bezirkstarifbeauftragte: Sabine Schmid

Stellvertretende Bezirkstarifbeauftragte: Karina Metzger, Gabriele Holick

Bezirksfrauenbeauftragte: Helena Jung

Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte: Nicole Schwegler, Patrizia Riemel

> 7. März 2016 +++ Offenburg +++ in Bühl

Bezirksvorsitzender: Eberhard Wetzel

Stellvertretender Bezirksvorsitzender: Andreas Bix

Bezirkstarifbeauftragte: Gerlinde Diehr

Stellvertretende Bezirkstarifbeauftragte: Nicole Hoffmann

Bezirksfrauenbeauftragte: Tamara Mild

Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte: Gabi Foßler

Bezirksverwaltungsbeauftragte: Sabine Sonder

Stellvertretender Bezirksverwaltungsbeauftragter: Ralf Mättler

Bezirksbeauftragter für Behindertenfragen: Ralf Mättler

Stellvertretender Bezirksbeauftragter für Behindertenfragen: Roy Zilius.

> 26. Januar 2016 +++ Kurpfalz +++ in Ladenburg

Bezirksvorsitzender: Dirk Neitzke

Stellvertretender Bezirksvorsitzender: Wolfgang Metzger

Bezirkstarifbeauftragter: Michael Schöfer

Stellvertretende Bezirkstarifbeauftragte: Birgit Schmitt und Eike Reimann

> 19. Februar 2016 +++ Freiburg +++ in Buchenbach

Bezirksvorsitzender: Thomas Gsell

Stellvertretende Bezirksvorsitzende: Peter Faller, Jürgen Bauer, Freddy Klein, Danila Matusche

Bezirkstarifbeauftragter: Martin Schuler

Stellvertretende Bezirkstarifbeauftragte: Simone Pfaff, Claudia Schuler,

Bezirksfrauenbeauftragte: Natascha Karle

Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte: Linda Wieske

> 3. März 2016 +++ Heilbronn +++ in Heilbronn

Bezirksvorsitzender: Uwe Ullrich

Stellvertretende Bezirksvorsitzende: Michael Ellwanger, Wolfgang Messerschmidt

Bezirkstarifbeauftragte: Isolde Dietrich

Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte: Isolde Dietrich

Bezirksverwaltungsbeauftragter: Torsten Noe

> 17. Februar 2016 +++ Ulm +++ in Ulm

Bezirksvorsitzender: Dieter Knolmar

Stellvertretende Bezirksvorsitzende: Peter Vietz, Hansgeorg Rösch, Hansjürgen Schmiedeberg

Bezirkstarifbeauftragt: Edmund Schuler

Stellvertretende Bezirkstarifbeauftragte: Gabriele Ruf

Bezirksfrauenbeauftragte: Christa Rein

Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte: Susanna Bolz

> 9. März 2016 +++ Aalen +++ in Unterrot

Bezirksvorsitzender: Manfred Ripberger

1. Stellvertreter Bezirksvorsitzender: Markus Kaumeyer

2. Stellvertreter Bezirksvorsitzender: Matthias Klau

Bezirkstarifbeauftragte: Gerda Jochem

Stellvertretender Bezirkstarifbeauftragter: Matthias Kliesenbauer

Bezirksfrauenbeauftragte: Simone Felix

Stellvertretende Bezirksfrauenbeauftragte: Gudrun Meier

„Fit for test“ – Nachfrage auch 2016 riesengroß!

Hunderte Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes haben sich wieder für die Zulassung zum Studium an der Hochschule für Polizei beworben und bereiten sich derzeit auf den schriftlichen Teil des Verfahrens, den Zulassungstest, vor.

Wie im letzten Jahr bietet die DPoIG im ganzen Land in nahezu allen Polizeipräsidien Informationsveranstaltungen an, um den Bewerbern Anhaltspunkte für eine strukturierte Vorbereitung zu geben. Bei den Veranstaltungen mit dem Namen „Fit for test“ erklären die DPoIG-Experten das Verfahren, bei dem Beurteilungsnote, Aufstiegseignungsvermerk und Laufbahnlehrgangsnote miteinander verrechnet werden und dadurch eine Rangliste zur Vergabe der Startplätze erstellt werden kann.

Nach der entstandenen Schiefelage, die im letzten Jahr bei der Kontingentierung der Studienplätze entstanden war, hat das Innenministerium einen scheinbar gerechten Modus gefunden. Während sich die Zulassungschancen im letzten Jahr von Präsidium zu Präsidium enorm unterschieden und beispielsweise beim PP Ulm auf jeden Bewerber ein Studi-

enplatz wartete, sah es beim PP Einsatz so aus, dass über die Hälfte der Bewerber gar nicht mitschreiben durften. Erst ein Nachjustieren und ein Umverteilen ergaben einen kleinen Ausgleich, aber eben keine gleichberechtigte Chancenverteilung in den unterschiedlichen Präsidien.

2016 kommt ein Berechnungsmodus zur Anwendung, bei dem die Gesamtbewerberzahl im Land mit den vorhandenen 210 Studienplätzen für Regelaufsteiger ins Verhältnis gesetzt wird und das Ergebnis in allen Präsidien gleich angerechnet wird. Dies bedeutet überall eine durchschnittliche Chance von circa 23 Prozent (+/-). Unter Berücksichtigung des Stellenanteils gehobener Dienst wurden in einem zweiten Schritt die für 2016 zur Verfügung stehenden QL-Plätze auf die Polizeipräsidien verteilt.

Somit hat das Innenministerium die Forderung der DPoIG nach einer gerechteren Verteilung umgesetzt. Trotzdem gibt es weiterhin Grund zur Kritik, da die Begrenzung der Teilnahme auf drei Versuche am schriftlichen Teil weiterhin Bestand hat. „Wir hoffen, dass diese Regelung bis zum über-



> Jürgen Engel bei seinem bewährten Vortrag „Fit für test“.

nächsten Jahr abgeschafft wird und somit mögliche Klageverfahren ausbleiben können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind in jedem Jahr den unterschiedlichsten Schwankungen im Vorverfahren ausgesetzt, beispielsweise durch Regel- oder Anlassbeurteilungen, abweichende Aufstiegseignungsvermerke und auch die abgestufte Anrechnung der Laufbahnlehrgangsnote, wodurch der Ranglistenplatz für die Bewerber völlig unberechenbar ist. Solange ein schlechter Startplatz aufgrund einer Beförderung und der damit verbundenen Beurteilung zustandekommen kann, ist diese Regelung ungerecht und muss wieder zurückgenommen werden“, so Jürgen Engel,

stellvertretender Landesvorsitzender.

Hauptteil der landesweiten Informationsreihe waren die Inhalte zum Prüfungstag und dessen Ablauf sowie die Möglichkeiten einer strukturierten Vorbereitung in den verbleibenden Wochen. Jürgen Engel legte hierbei einen Schwerpunkt auf die umfangreiche Fragensammlung und der selbst erstellten Gedächtnisprotokolle, die die Teilnehmer auf einem Datenträger mitbrachten. Weil sich am schriftlichen Teil bislang wenig änderte, konnte er auch über seine persönlichen Erfahrungen berichten – übrigens mehr als drei Versuche und das ganz ohne schlechtes Gewissen! ■



> Gespannte Zuhörer bei der Informationsveranstaltung „Fit für test“

Manfred Riehl in den dienstlichen Ruhestand verabschiedet

Am 29. Januar 2016 war der letzte Arbeitstag von Manfred Riehl, dem langjährigen Landes- und stellvertretenden Bundestarifbeauftragten. Die offizielle dienstliche Verabschiedung fand am 14. Januar 2016 im Rahmen einer ÖPR-Sitzung statt.



> Manfred Riehl wird feierlich von Polizeipräsident Köber verabschiedet.

Polizeipräsident Thomas Köber überreichte ihm in würdigem Ambiente die beiden Urkunden für das 40-jährige Dienstjubiläum und für die Zuruhesetzung. In gewohnt kurzweiliger Dankesrede ließ Präsident Köber noch einmal Manfreds Dienstzeiten beim Bundesgrenzschutz und bei der Polizei im Zeitraffer Revue passieren.

Im Anschluss richtete Manfred Riehl noch einmal ein paar Worte an seine Mitstreiter und die anwesenden Gäste aus der Führungsriege des PP Mannheim und verdeutlichte, dass er große Freude an seiner langjährigen Tätigkeit hatte. Ganz von der Bildfläche will er aber

nicht verschwinden. Seine Ämter auf der Landes- sowie Bundesebene im Tarifbereich der DPoIG wird er bis zu den Neuwahlen fortführen und sich nach wie vor für die Belange der Mitglieder einsetzen.

Auch wenn er bereits beim Landeskongress ob seiner vielen Verdienste zum DPoIG-Ehrenmitglied ernannt wurde und seine gewerkschaftlichen Dienste dort umfassend gewürdigt wurden.

Die DPoIG wünscht Manfred Riehl alles Gute zu seinem wohlverdienten Ruhestand und freut sich weiterhin auf eine gute und kompetente Mitarbeit. ■

> Die DPoIG-Landesgeschäftsstelle bitte um Ihre Mithilfe!!!

Liebe DPoIG-Mitglieder,

wir bitten zu beachten, dass Sie alle persönlichen Veränderungen, was die Mitgliedschaft betrifft, wie zum Beispiel:

- > Adressänderung
- > Änderung Bankverbindung
- > Beförderung
- > Zuruhesetzung/Eintritt in die Rente
- > Elternzeit (Ruhe der Mitgliedschaft ohne Beitragszahlung)
- > Partnermitgliedschaft (beide sind Mitglied der DPoIG und leben zusammen)
- > et cetera

an die DPoIG-Landesgeschäftsstelle, Kernerstr. 5, 70182 Stuttgart, Telefon.: 07 11/99 79 474-0, E-Mail: info@dpolg-bw.de, mitteilen müssen.

Änderungen, die Sie als DPoIG-Mitglied betreffen, werden uns nicht von Ihrer Dienststelle mitgeteilt. Wir sind hier auf Ihre Informationen angewiesen.

Ferner weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass vor Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes ein entsprechender Antrag auf Rechtsschutz gestellt werden muss.

Diesen Antrag auf Rechtsschutz schicken Sie bitte an unsere Anschrift oder geben ihn bei Ihrem Kreisverband vor Ort ab. Der Antrag kann im Internet unter www.dpolg-bw.de heruntergeladen werden.

Ihr Team der DPoIG-Landesgeschäftsstelle

Jetzt weitere Vorteile sichern: www.dpolg-bw-vorteile.de